

Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep

Erwartungshaltung der Hochschulen an die Städte (Hochschulstandorte)

- Statement auf dem Symposium der Hochschule Osnabrück am 01.03.2012 -

1) Grundsätzliche Beziehungsmuster zwischen Hochschulen und Städten

In der Praxis kann man im Verhältnis von Hochschulen und Städten vor allem drei Konstellationen unterscheiden:

- a) Die „symbiotische Beziehung“, bei der der eine Teil nicht ohne den anderen auskommen kann und in seiner Entwicklung deutlich beeinträchtigt würde. Der Tatbestand, dass es viele Städte ohne Hochschulen gibt und dass bestehende Tendenzen zur virtuellen Hochschule die Raumgebundenheit von Hochschulen relativieren, weist darauf hin, dass dieser Beziehungstypus eher selten vorkommt. Er tritt vor allem bei kleineren Universitätsstandorten auf (wie z. B. am Standort meiner Hochschule im Fall der Stadt Witzenhausen mit dem Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel).
- b) Die „Zweckgemeinschaft“, bei der es eine Reihe von Fragen im operativen Bereich gibt, die in beiderseitigem Interesse gelöst werden müssen. Man denke hier etwa an die Bereitstellung von ausreichendem und passgenauem studentischen Wohnraum, Parkraumregelungen für die Hochschulmitglieder, die Anpassung des ÖPNV an die Bedürfnisse der Universitätsangehörigen, Beratungsangebote z. B. der Ausländerbehörde oder Wohnsitzregelungen mit Blick auf den kommunalen Finanzausgleich. Dieser Typus der Zweckgemeinschaft dürfte unter den Hochschulstandorten zurzeit dominieren und gilt vor allem für die so genannten klassischen Universitätsstädte wie Heidelberg, Tübingen oder Marburg.
- c) Die „strategische Partnerschaft“, bei der die eigenen Potenziale der Partner zur wechselseitigen Nutzensteigerung gestaltend instrumentalisiert werden – idealer Weise einem gemeinsam entwickelten Leitbild folgend (z. B. dem einer modernen Universitätsstadt mit vielfältiger IT-Unterstützung oder als Modellregion für regenerative dezentrale Energien). Hier wird also von einem Partner bewusst Mitverantwortung für die Entwicklung des anderen Partners getragen. Diesem Typus sind gegenwärtig am ehesten diejenigen Hochschulen zuzuordnen, die in den 60er und 70er Jahren neu gegründet wurden und denen diese regionale Mitverantwortung ins Stammbuch geschrieben wurde. So sieht sich die Universität Kassel diesem Leitbild verpflichtet und

hat in diesem Sinne in den letzten 10 Jahren ein breit aufgestelltes Konzept zum Wissenstransfer erarbeitet, das nun Früchte trägt (die Universität Kassel ist die gründungsintensivste Hochschule Hessens) und das mit dazu beigetragen hat, dass Kassel jüngst als wirtschaftlich dynamischste Stadt Deutschlands eingestuft wurde.

2) Was können Städte für ihre Hochschulen tun?

Zu den elementaren Aufgaben, die Städte für ihre Hochschulen im Sinne von Standardaufgaben erfüllen müssen, zählt zunächst die Bereitstellung und Förderung attraktiver „klassischer“ Infrastruktur als Arbeitsort (geeignete Standortflächen mit Erweiterungsmöglichkeiten, IT-Infrastruktur, aber auch eine prosperierende moderne Wirtschaftsstruktur mit Praktikantenplätzen für Studierende und Arbeitsplätzen für Absolventen sowie Kooperationsmöglichkeiten für die Hochschule), als Wohnort (vor allem für studentisches Wohnen und attraktiven hochschulnahen Wohnraum für die Beschäftigten) und Erholungsraum. Die Pflege von Netzwerken mit den lokalen Unternehmen (Absolventenbörsen usw.), die zupackende Hilfe bei der Wohnungs- oder Haussuche (z. B. bei städtischen Wohnungsgesellschaften) und die zielgruppenorientierte Außendarstellung (Information über die Schulversorgung und das Angebot von Kindergärten, die Qualität des ÖPNV, das regionale Mietpreisniveau oder der Freizeitgestaltung) sind wichtige Ansatzpunkte, die z. B. bei der Berufungsverhandlung mit Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen Pluspunkte bringen können (nicht so sehr die touristischen „Highlights“, die oft im Zentrum der Außendarstellung stehen).

Zieht man die immer größer werdende Bedeutung in Betracht, die Forschung und Entwicklung im Kontext von Innovationen erhalten, so zählt zu den neuen städtischen Aufgaben in Hochschulstandorten die schwierige Herausforderung der Schaffung eines „innovativen Milieus“, das einen wirkungsvollen Transfer von Wissen, Personen und Technologien zwischen den Hochschulen und lokalen Einrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaft sicherstellt. Dabei zählt es zu den neueren Erkenntnissen, dass die Hochschulforschung immer wichtiger für Innovationen im privaten und öffentlichen Sektor wird, weil die Hochschulen aus diesem Kooperationsprozess selbst einen Mehrwert für ihre ureigenen Aufgaben der Forschung und Lehre ziehen und deshalb den Transferprozess zunehmend selbst aktiv verfolgen.

Solche Prozesse in einem „innovativen Milieu“ in Städten aktiv voranzutreiben, stellt eine große Herausforderung für die Stadtpolitik dar. Ansatzpunkte sind hier z. B. eine gezielte

Förderung der Internationalität und Weltoffenheit (z. B. durch Unterstützung internationaler Kongresse, mehrsprachiges Prospektmaterial, Werbeauftritte im Ausland), den Aufbau und die Unterstützung der so genannten Kreativwirtschaft und des kulturellen und künstlerischen Bereichs, die Nutzung von internationalen Städtepartnerschaften, z. B. für Hochschulkooperationen oder eine innovationsfreudige Infrastrukturpolitik im lokalen/regionalen Sektor (bspw. im Klimaschutz oder der Klimaanpassung). Die Betreuung von internationalen Gastwissenschaftlern und Studierenden durch städtische Einrichtungen und Initiativen in Kooperation mit den Standorthochschulen zählt ebenso zur Milieupflege wie der stadtentwicklungspolitisch motivierte Quartierausbau in Hochschulnähe.

Von großer Bedeutung ist dabei die Pflege persönlicher Netzwerke stehen, die z. B. themenbezogen durch die Stadtoberen initiiert und entwickelt werden können (Runde Tische zur Mobilität, Workshops zur demografischen Entwicklung usw.).

3. Wo tun die Städte noch nicht genug?

Eine solche Frage ist mit Allgemeinheitsanspruch nicht zu beantworten. Es kann hier nur holzschnittartig auf mögliche Defizitbereiche hingewiesen werden. Zunächst ist festzuhalten, dass das zurzeit vorherrschende Modell „Zweckgemeinschaft“ im Wettbewerb der Städte nicht ausreicht, um einen positiven Entwicklungspfad zu begründen und dass Unterschiede in der städtischen Performance durch bewusstes Wollen der Verantwortlichen (mit persönlichem, oft zeitaufwendigem Einsatz) und dadurch induzierte qualitative Ausprägungen der Stadtpolitik herbeigeführt werden (im Sinne des Typus der strategischen Partnerschaften). Dabei spielt der Faktor Mensch eine entscheidende Rolle und oft sind es historisch eher zufällige Personenkonstellationen, die den nachhaltigen Erfolg determinieren. Klar sollte aber auch sein, dass auch Städte in ihre Hochschulen investieren müssen, obwohl diese ja Landeseinrichtungen sind und die Landesregierung eventuell sogar durch eine andere Parteienkonstellation getragen wird als die Stadtregierung. Bau und Betrieb von Wissenschaftsparks, Beteiligung an Stiftungsprofessuren, Bereitstellung von „Venture Capital“ durch die regionalen Sparkassen, der gemeinsame Betrieb einer „Bürgeruniversität“ oder Aufträge an Hochschuleinrichtungen sind hier Beispiele für solche städtischen Initiativen und Investitionen, die sich im Sinne einer langfristig ausgerichteten Erfolgsstrategie auszahlen.

Ein langer Atem ist in jedem Fall notwendig!